

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1915

52 (3.3.1915)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 76 Pf., vierteljährl. 2,26 M.; abgeholt monatl. 66 Pf.; am Posthalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inzerate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 Pf. Lokalwerbe billiger. Schluß d. Inzeratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inzerate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gief & Cie., Karlsruhe.

Des deutschen Volkes Schicksalsfrage.

Wie ein greller Mißton klang die Erklärung des Ministers von Löbell im preussischen Abgeordnetenhaus über die Wahlrechtsfrage in die von patriotischer Begeisterung getragene Stimmung des deutschen Volkes hinein. Mit einer unerhörten Energie und Geschlossenheit, mit einer noch nie dagewesenen Opferwilligkeit kämpft das deutsche Volk, um die Erhaltung seiner nationalen Existenz. Einen Geist sittlicher Größe hat dieses deutsche Volk an den Tag gelegt, wie nie zuvor. Millionen Soldaten kämpfen gegen eine Welt von Feinden. Und mitten hinein in diese nie dagewesene Einigkeit, in die die Herzen des ganzen deutschen Volkes durchglühende Begeisterung fiel wie ein Keil in der Frühlingnacht eine ministerielle Erklärung, die geeignet ist, daheim sowohl wie namentlich draußen im Felde die heldenhafte Stimmung erheblich zu dämpfen. Herr v. Delbrück meinte, er könne nicht einzelne Materien, zumal eine solche, die, wie die Wahlrechtsfrage, Differenzen hervorbringe, herausgreifen. Noch depressiver klang das, was von den Wortführern der Freikonservativen und der nationalliberalen Partei gesagt wurde. Wie ganz anders haben doch die Worte des Reichskanzlers, der zugleich preussischer Ministerpräsident ist, geklungen, die er am 2. Dezember vorigen Jahres im Reichstag an die Vertretung des deutschen Volkes gerichtet hat. Nach dem Krieg soll es nur noch Deutsche geben. Wie eine Befreiung und Beglückung hat es der oberste Beamte Preußens und des Reiches damals empfunden, daß der Krieg den „ganzen Wust und Unrat“ hinweggefegt hat, der vor dem Kriege im politischen Leben Deutschlands sich angehäuft hatte, daß nur noch der Mann gilt, einer gleich dem andern. „Wir halten durch“ — sagte der Reichskanzler damals — „bis wir Sicherheit haben, daß keiner mehr wagen wird, unsere Forderungen zu stören, in dem wir deutsches Wesen und deutsche Kraftentfalten und entwickeln wollen — als freies Volk.“

Damit vergleiche man die gewundene nichtsagende Erklärung des preussischen Ministers des Innern zu der Wahlrechtsfrage, um den großen Unterschied zu erkennen, der zwischen den Erklärungen des Reichskanzlers und des ihm untergebenen preussischen Ministers des Innern besteht.

Da darf man doch die Frage aufwerfen, ob die Erfahrungen der letzten sieben Monate an der preussischen Regierung spurlos vorübergegangen sind, ob ihr kein Licht aufgegangen ist über die Ursachen der deutsch-feindlichen Stimmung namentlich in den neutralen Staaten? Glaubt man in den maßgebenden Kreisen Preußens wirklich, daß man die „echt preussische“ Politik auch nach dem Kriege fortsetzen kann? Daß man die Millionen Wähler der dritten Klasse, die in diesem Krieg so unerhörte Opfer an Gut und Blut für das Vaterland gebracht haben, wieder als politische Parasiten wird behandeln können? Hat man denn in Berlin kein Verständnis für die gewaltigen Probleme, die dieser Krieg dem deutschen Volke zur Lösung aufzählt, daß die jetzt zutage tretende Einigkeit nicht mehr zerstört werden kann, ohne Deutschland in eine noch schmerzlichere und gefährlichere Situation zu bringen, als die, in der wir uns jetzt befinden?

Was soll es denn heißen, man könne keine Materie herausgreifen, welche politische Differenzen hervorruft? Das deutsche Volk hat am 4. August andere Schwierigkeiten überwunden, als diejenigen, die einer vernünftigen glücklichen Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage entgegenstehen. Hier handelt es sich nicht um irgend eine zwickelhafte „Materie“, sondern um die politische Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Man täufelte sich doch nicht über die Tatsache hinweg, daß das Groß-Preußen nach diesem Krieg der Geschichte angehört, angehören muß, wenn der Traum des deutschen Volkes seiner endlichen Erfüllung entgegenreifen und Deutschland jene Sicherheit und innere Stärke gewinnen soll, die es braucht, um deutsches Wesen und deutsche Kraft entfalten und entwickeln zu können, als freies Volk. Dieses Ziel, um dessen willen nicht zuletzt in diesem Kriege so viel Blut fließt und so viele junge prächtige Menschenleben geopfert werden, kann nur in einem Groß-Deutschland erreicht werden, in welchem die nationale Einigkeit auf dem festen Boden politischer Freiheit und Gerechtigkeit verankert ist.

Die Worte, die der Reichskanzler am 2. Dezember im Reichstag an das deutsche Volk gerichtet hat, haben überall ein hoffnungsfreudiges Echo erweckt. Im schroffen Gegensatz dazu stehen die Stimmungen, welche die Erklärungen im preussischen Landtag über die Wahlrechtsfrage ausgehört haben. Deutschland kann und wird nie die ihm durch die Geschichte zugewiesene Rolle unter den euro-

päischen Kulturvölkern übernehmen können, wenn es in der politischen Kultur meilenweit hinter den übrigen europäischen Kulturstaaten rangiert. Wenn es in der vorbereiteten Hingabe für das Schicksal unseres deutschen Vaterlandes keinen Unterschied gab, so kann und darf es fürderhin auch keinen solchen Unterschied mehr geben, wo es sich um die politischen Rechte handelt. Preußen steht an einem Scheidewege.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

W.W. Großes Hauptquartier, 2. März, vormittags. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz: Erneute, wieder mit starken Kräften angelegte Angriffe in der Champagne brachen meist schon in unserem Feuer unter gewaltigen Verlusten für den Feind zusammen. Nahkämpfe an einzelnen Stellen waren durchweg für uns günstig. Unsere Stellungen blieben fest in unserer Hand.

Im Argonnenwalde eroberten wir mehrere Gräben, machten 80 Gefangene und erbeuteten 5 Minenwerfer.

Angriffe auf Baugnois wurden blutig abgewiesen.

Die in den Vogezen in den letzten Tagen von uns erzielten Vorteile wurden trotz heftiger Gegenangriffe festgehalten. Geistige Abendangriffe der Franzosen nordöstlich Colles waren für den Feind besonders verlustreich.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Russische Vorstöße südlich und südlich des Augustower Waldes waren erfolglos.

Russische Nachtangriffe nordöstlich Lomza und östlich Plozk wurden zurückgeschlagen.

Oberste Heeresleitung.

Wir verlangen nicht, daß jetzt während des Krieges die preussische Wahlrechtsfrage gelöst wird. In dieser kritischen Zeit, wo um unsere nationale Existenz gerungen wird, wollen auch wir die Einheit des Volkes nicht gestört wissen. Aber diese Einigkeit wird wahrhaftig auch nicht gestiftet durch politische Erklärungen, wie sie im preussischen Abgeordnetenhaus abgegeben wurden, die in diametraler Gegensatz zu dem stehen, was der Reichskanzler am 2. Dezember im Reichstag erklärt hat. Hier klafft ein großer Widerspruch, das kann nicht geleugnet werden.

Das deutsche Volk wird trotz dem durchhalten und im Kampf gegen die Uebermacht seiner Feinde wie ein Mann zusammenstehen. Aber eine Erklärung wie sie der oberste Beamte des Reichs im Reichstage abgegeben hat, ohne sich irgendwie etwas zu vergeben und ohne politische Differenzen heraufzubeschwören, hätte bei einigem guten Willen ebenso regierungsgünstig im preuß. Landtag abgegeben werden können. Denn daß der Faden der alt-preussischen Politik nach dem Krieg unmöglich fortgesponnen werden kann, wenn nicht tiefgehende innere Konflikte daraus entstehen sollen, liegt auf der flachen Hand. Eine Politik der Scharfmacherei nach dem Krieg würde nicht nur für die innerpolitischen Zustände und Verhältnisse, sondern ebenso für die politische Stellung Deutschlands im künftigen Europa die verhängnisvollsten Folgen nach sich ziehen. Eine solche die Hoffnungen des deutschen Volkes bestärkende Erklärung der preussischen Regierung wäre mehr gewesen, als eine gewonnene Schlacht, sie hätte nicht nur die Einigkeit des deutschen Volkes aufs neue gestiftet, sondern zugleich eine Blut der Begeisterung entfacht, welche die letzten Hoffnungen unserer Feinde zerstört und die Wege gebahnt hätte für einen Frieden unter den europäischen Völkern, der dauerhaft ist und ihnen für ihr wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben reiche Früchte verbräch.

Noch ist es nicht zu spät zu einer solchen wahrhaft staatsmännlichen Aktion, die ebenso vortrefflich für die innere wie für die äußere Politik des Reiches wäre. Sollte aber die preussische Regierung sich dazu nicht aufschwingen können, sollte sie noch immer nicht davon überzeugt sein, worin die ungeheure schicksal-

kraft, die das deutsche Volk in diesem Krieg entfaltet hat, ihre Wurzeln hat, sollte sie immer noch nicht begriffen haben, welche politische, wirtschaftliche und soziale Bedeutung die Volksmassen heute und erst recht in der Zukunft für jede Kulturnation haben, so wird sie sich nach dem Krieg bald genug davon überzeugen lassen müssen. Eine Politik nach dem Rezepte des preussischen Scharfmachers ist nach dem Krieg schlechterdings unmöglich. Dabon hat sich der Reichskanzler offenbar überzeugt. Man glaube aber ja nicht, daß es nur eines Personenwechsels bedürfte, um den Systemwechsel verhindern zu können. Preußen steht am Scheidewege. Die politische Schicksalsfrage des deutschen Volkes — und das ist die preussische Wahlrechtsfrage — muß gelöst werden. Das fordert nicht nur die ungeheure Mehrheit des Volkes, das fordert ebenso die Sicherheit und das politische Interesse Deutschlands.

Videant consules!

Der Diktator von Preußen.

In der „Post“ verkündet Frhr. v. Joditz sein letztes Wort zur preussischen Wahlrechtsfrage:

„Jedermann ist es klar geworden, daß der preussische Staat in seiner Eigenart das feste Rückgrat des Deutschen Reiches bildet. Wer aber einigermaßen Verständnis für die Entwicklung und die Natur des preussischen Staates hat, wird darüber nicht im Zweifel sein, daß mit dessen Eigenart ein demokratisches Wahlrecht nach Art des Reichstagswahlrechts völlig unvereinbar ist, dieser vielmehr nur ein Wahlrecht gerecht wird, das nach dem wirklichen Gewicht der Stimme abgestuft ist. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist unser Wahlrecht verbesserungsfähig, ja verbesserungsbedürftig, und seine Reform ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben nach Wiederherstellung des Friedens. Dann wird die Zeit gekommen sein, sorgsam zu prüfen, wie nach den Erfahrungen der Kriegszeit die für die Beurteilung des Gewichtes der Volksstimme im Betracht kommenden Gesichtspunkte zu bewerten sind und welche Form für die Abstufung zweckmäßig zu wählen ist. Auf dieser Grundlage ist, wenn alle kleinen Sonderintessen dem großen Zuge der Zeit sich unterordnen, eine Verständigung in der Wahlrechtsfrage zu erhoffen, auf einer andern nicht.“

Der Führer der freikonservativen Fraktion, die sich vor allen anderen Parteien durch das nahezu vollständige Abhandeln von Wählern auszeichnet, spricht hier in einem Ton, als ob das Schicksal des preussischen Volkes in seine Hand gelegt wäre. Offenbar hat er auch den sicheren Wahlsitz gefunden, nachdem der Wert einer Wählerstimme für das Staatsganze bis auf den Millimeter genau gemessen werden kann. Schade nur, daß er mit seiner Erfindung noch hinterm Berge hält — schon um des Geisteserfolges willen, der ihr gewiß ist. Die Idee, das alte Klassenwahlrecht zu behalten oder durch ein neues Privilegienwahlrecht zu ersetzen, ist lächerlich und unwürdig. Sie wird sich nach dem Kriege ohne weiteres erledigen. Denn nicht Herr v. Joditz, sondern das Volk, das für Deutschlands Erhaltung sein Blut verbringt, wird in der preussischen Wahlrechtsfrage das letzte Wort sprechen.

Vom Krieg. Vom östlichen Kriegsschauplatz. Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

W.W. Wien, 2. März. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart, 2. März mittags: In den Karpaten wurden im westlichen Abschnitt zahlreiche Gegenangriffe der Russen abgewiesen, und die in den vorausgegangenen Kämpfen von den eigenen Truppen gewonnenen Stellungen und Höhen festgehalten. Südlich des Dnjepr dauern die Kämpfe an. Auch gestern wurden feindliche Angriffe blutig zurückgeschlagen, und hierdurch erstrittenes Gebiet gegen numerisch oft überlegene gegnerische Kräfte behauptet. In Polen und Westgalizien nur Artilleriekampf. In der Bukowina herrscht Ruhe.

Am südlichen Kriegsschauplatz ist die Situation unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Hüfer, Feldmarschallentant.

Neben die Schandtatzen der Russen in der Bukowina berichtet Frhr. Kurzb. Boden der „Frankfurter Ztg.“: In Czernowitz wurden nach der Zeit der hochigen Aufsenberichterstattung 142 Protokolle über Raub, schwere Verbrechen

6.
m
ern
ule.
ch.
lag.
hres
nge.
lich
nen.
s.
artell
März
schäfts-
ntung
Is statt.
g:
eiten.
Quartal
ung.
Startells
riats.
5241
schäftes
erbracht
ktion.
re
finden
hohem
5221
ruhe,
o.
stalt
e.
der.
appe-
Stass-
refel-
r.
und
vorm.
achm.
Uhr.
hr.
r ge-
5
ne.
ne (erst-
fl. oder
Zahlung
Abreise
die Ge-
ier
30.
ng guten
in hoch,
n Weiten,
e ange-
er Preis.
1, eine
5235
stinder-
hody
ich 4 M.
ffonier,
ll. Nach-
des Lehr
5251
18. Hof.
männlich,
baubolen
pitt. 7.
unfände-
nig zu
st. hart.
Korbe-
recht.
Rudolf-
l. rechts,
Zimmer

und Schändung aufgenommen, die sämtlich kein Eingreifen der russischen Behörde bewirkten. Auf Beschwerde wurde erklärt, man solle froh sein, daß überhaupt Protokolle aufgenommen werden. In der Stadt waren das Judenquartier, die Offizierswohnungen und die Willenowstadt, in der viele Beamte wohnen, die belebtesten Gegenden für sämliche Exzesse. Besonders die Bahnhofsstraße, die Judengasse und die Springbrunnengasse wurden heimgesucht. In Sadagora und der Vorstadt nördlich des Pruth, in Suczka wurde am Tage des letzten Abzugs, am 17. Februar, nach ein Pogrom veranstaltet, wobei vier Juden getötet wurden, einer darum, weil er seine junge Frau vor der Schändung bewahren wollte. Bei Serreth wurde sogar der griechisch-orientalische Pfarrer geprügelt, an einen Baum gebunden und dann gehängt, der Schändung seiner eigenen Frau zuzusehen. In Jablonica wurde ein Haus angezündet und verboten, etwas daraus zu retten. Der unglückliche Besitzer, ein Jude, holte sich, um in der kalten Nacht nicht zu erfrieren, trotzdem zwei Dedden. Er wurde gekreuzigt und ein Rosten bis zum Eintritt des Todes aufgestellt. Es ist dies das Dorf am Biala, Czermos, nicht das unweit gelegene Jablonica am Tatarpaß. Der grauenerregendste Mord wurde aber am 14. Februar an dem reichsten Bürger von Storozhneß südlich Czernowiß begangen. Er wurde nachts ohne Angabe eines Grundes aus dem Bette geholt, am Morgen von vier Soldaten abgeführt und gehängt, der Strick riß jedoch, worauf Jsaak Zellermacher der Hals durchschnitten wurde. Dann stachen die Russen der Leiche die Augen aus, beraubten sie und ließen sie nackt im Schnee liegen. Ich selbst habe in Storozhneß noch einen Zettel auf einer Telegraphenstange haben gesehen, wo aus Todesangst vor den Russen nur gesagt war: „Ein jüdisches Geschick hat ihn uns plüßlich entzissen.“

Dies einige Beispiele der Bestialität russischer Truppen in der Bukowina. Ausdrücklich muß ich aber hervorheben, daß sich die Turkmener unter den Russen musterhaft benommen haben. Sie sagen, ihre Religion verbiete ihnen jede Gewalttat an der unschuldigen Bevölkerung.

Der Kampf zur See.

Verfertigung des Dampfers „Liverpool“.

W.B. Paris, 2. März. „Petit Journal“ meldet: Bei Marlaix an der Nordküste des Departements Finistère trieb ein Rettungsboot an, in dem sich die Leichname zweier Regier befanden. Das Rettungsboot gehört nach seiner Aufschrift zu dem Dampfer „Liverpool“, der vermutlich durch ein Unterseeboot verfertigt wurde. Die Behörden haben eine Untersuchung eingeleitet.

Untergang eines englischen Dampfers.

W.B. Paris, 1. März. Der „Temps“ meldet aus Havre: Der englische Dampfer „Harpaton“, dessen Wrack vorgestern bei Kap Antilles gesehen wurde, sank, bevor er nach Le Havre geschleppt werden konnte.

Zum Unterseebootkrieg.

Die englischen Schiffsverluste.

Berlin, 2. März. Nach einem Telegramm der „Tägl. Rundschau“ aus Rotterdam stellen holländische Blätter in den Wochenübersichten fest, daß nach vorsichtiger Zusammenstellung der einzelnen Meldungen vom 24. bis 31. Januar 26 Schiffe in den englischen Gewässern torpediert worden sind.

Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über den Seekrieg.

W.B. Berlin, 2. März. Der amerikanische Botschafter hat im Auftrag der Regierung der Vereinigten Staaten der deutschen Regierung eine vom 22. Februar datierte Note überreicht, in der die Regierung der Vereinigten Staaten zunächst die Hoffnung ausdrückt, daß die beiden kriegführenden Regierungen (Deutschland und England) im Wege gegenseitiger Zugeständnisse eine Grundlage für eine Verständigung finden möchten, deren Ergebnis darauf abzielt, neutrale dem friedlichen Handel obliegende Schiffe von den ernststen Gefahren zu befreien, denen sie bei der Durchfahrt durch die Küsten der kriegführenden Länder beruhenden Meere unterworfen sind. Als Grundlage zu einer solchen Verständigung bringt die amerikanische Regierung folgende Bedingungen in Vorschlag:

1. daß treibende Minen von keiner Seite einzeln in den Küstengewässern oder auf hoher See ausgelegt werden, daß verankerte Minen von keiner Seite auf hoher See, es sei denn ausschließlich für Verteidigungszwecke innerhalb Kanonenschußweite von einem Hafen, gelegt werden, und daß alle Minen den Stempel der Regierung tragen, die sie ausgelegt, und so konstruiert sind, daß sie unschädlich werden, nachdem sie sich von ihrer Verankerung losgerissen haben;
2. daß Unterseeboote von keiner der beiden Regierungen zum Angriff auf Handelsschiffe irgend einer Nationalität Verwendung finden außer zur Durchführung des Rechts der Anhaltung und Untersuchung;
3. daß die Regierungen beider Länder es zur Bedingung stellen, daß ihre beiderseitigen Handelsschiffe neutrale Flaggen als Kriegsliste oder zum Zweck der Unkenntlichmachung nicht benutzen.

Großbritannien erklärt sich damit einverstanden, daß Lebens- und Nahrungsmittel nicht auf die Liste der absoluten Konterbande gesetzt werden und daß die britischen Behörden Schiffsabladungen solcher Waren weder stören noch anhalten, wenn sie an Agenturen in Deutschland adressiert sind, die von den Vereinigten Staaten namhaft gemacht sind, um solche Warenabladungen in Empfang zu nehmen und an konfessionierte deutsche Wiederverkäufer zur ausschließlichen Weiterverteilung an die Zivilbevölkerung zu verteilen.

Deutschland erklärt sich damit einverstanden, daß Lebens- oder Nahrungsmittel, die nach Deutschland aus den Vereinigten Staaten — oder je nachdem von irgend einem anderen neutralen Lande — eingeführt werden, an Agenturen adressiert wer-

den, die von der Amerikanischen Regierung namhaft gemacht werden; daß diesen amerikanischen Agenturen die volle Verantwortung und Aufsicht bezüglich des Empfangs und der Verteilung dieser Einfuhr ohne Einmischung der Deutschen Regierung obliegen soll; sie sollen ausschließlich an Wiederverkäufer verteilen, denen von der Deutschen Regierung eine Konzession erteilt ist, die ihnen die Berechtigung gibt, solche Lebens- und Nahrungsmittel in Empfang zu nehmen und sie ausschließlich an die Zivilbevölkerung zu liefern; sollten die Wiederverkäufer die Bedingungen ihrer Konzession irgendwie überschreiten, so sollen sie des Rechts verlustig gehen, Lebens- und Nahrungsmittel für die angegebenen Zwecke zu erhalten, und daß die Deutsche Regierung solche Lebens- und Nahrungsmittel nicht für Zwecke irgendwelcher Art requirieren oder veranlassen wird, daß sie für die bewaffnete Macht Deutschlands Verwendung finden.

Eine gleichlautende Note ist an die britische Regierung gerichtet worden.

Deutschlands Antwort.

Die Note der amerikanischen Regierung ist unter dem Datum des 28. Februar von der deutschen Regierung folgendermaßen beantwortet worden:

Die Kaiserlich Deutsche Regierung hat von der Anregung der amerikanischen Regierung, für die Seekriegführung Deutschlands und Englands gewisse Grundzüge zum Schutze der neutralen Schifffahrt zu vereinbaren, mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Sie erwidert darin einen neuen Beweis für die von deutscher Seite voll erwiderten freundschaftlichen Gefühle der Amerikanischen gegenüber der deutschen Regierung.

Auch den deutschen Wünschen entspricht es, daß der Seekrieg nach Regeln geführt wird, die, ohne die eine oder die andere kriegführende Macht in ihren Kriegsmitteln einseitig zu beschränken, ebensowohl dem Interesse der Neutralen, wie den Geboten der Menschlichkeit Rechnung tragen. Demgemäß ist schon in der deutschen Note vom 16. Februar darauf hingedeutet worden, daß die Beachtung der Londoner Seekriegsrechtsklärung durch Deutschlands Gegner eine neue Lage schaffen würde, aus der die Folgerungen zu ziehen die deutsche Regierung gern bereit wäre. Von dieser Auffassung ausgehend hat die deutsche Regierung die Anregung der amerikanischen Regierung einer aufrichtigen Prüfung unterzogen und glaubt darin in der Tat eine

geeignete Grundlage für die praktische Lösung der entstandenen Fragen zu erkennen. Zu den einzelnen Punkten der amerikanischen Note darf sie nachstehendes bemerken:

1. Was die Regelung von Minen betrifft, so würde die deutsche Regierung bereit sein, die angelegte Erklärung über die Nichtanwendung von Treibminen und die Konstruktoren der verankerten Minen abzugeben. Ferner ist sie mit der Anbringung von Regierungssiegeln auf den auszuliegenden Minen einverstanden. Dagegen erscheint ihr für die kriegführenden Mächte nicht angängig, auf eine offensive Verwendung verankelter Minen völlig zu verzichten.

2. Die deutsche Regierung würde sich verpflichten, daß ihre Unterseeboote gegen Handelsschiffe irgendwelcher Flagge nur in soweit Gewalt anwenden werden, als dies zur Durchführung des Rechts der Anhaltung und Untersuchung erforderlich ist. Ergibt sich die feindliche Nationalität des Schiffes oder das Vorhandensein von Konterbande, so würden die Unterseeboote nach den allgemeinen völkerrechtlichen Regeln verfahren.

3. Wie die amerikanische Note vorliest, setzt die angegebene Beschränkung in der Verwendung der Unterseeboote voraus, daß sich die feindlichen Handelsschiffe des Gebrauchs der neutralen Flagge und anderer neutralen Abzeichen enthalten. Dabei dürfte es sich von selbst verstehen, daß sie auch von einer Bewaffnung sowie von der Leistung jeden tatsächlichen Widerstandes absehen, da ein solches völkerrechtswidriges Verhalten ein dem Völkerrecht entsprechendes Vorgehen der Unterseeboote unmöglich macht.

4. Die von der amerikanischen Regierung angeregte Regelung der legitimen Lebensmittelfuhr nach Deutschland erscheint im allgemeinen annehmbar; die Regelung würde sich selbstverständlich auf die Seezufuhr beschränken, andererseits aber auch die indirekte Zufuhr über neutrale Häfen umfassen. Die deutsche Regierung würde daher bereit sein, Erklärungen der in der amerikanischen Note vorgesehene Art abzugeben, so daß die ausschließliche Verwendung der eingeführten Lebensmittel für die friedliche Zivilbevölkerung gewährleistet sein würde. Daneben muß aber die deutsche Regierung Wert darauf legen, daß ihr auch die Zufuhr anderer, der friedlichen Volkswirtschaft dienenden Rohstoffe einschließlich der Futtermittel ermöglicht wird. Zu diesem Zweck hätten die feindlichen Regierungen die in der Freiliste der Londoner Seekriegsrechtsklärung erwähnten Rohstoffe frei nach Deutschland gelangen zu lassen und die auf der Liste der relativen Konterbande stehenden Rohstoffe nach dem gleichen Grundsätzen wie die Lebensmittel zu behandeln.

Die deutsche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß die von der amerikanischen Regierung angebotene Verständigung unter Berücksichtigung der vorstehenden Bemerkungen zustande kommt und daß auf diese Weise die friedliche neutrale Schifffahrt und der friedliche neutrale Handel unter den Auswirkungen des Seekrieges nicht mehr als unbedingt nötig zu leiden haben werden. Solche Minderungen würden sich übrigens noch wesentlich verringern lassen, wenn — worauf bereits in der deutschen Note vom 16. Februar hingewiesen worden ist — Mittel und Wege gefunden werden könnten, um die Zufuhr von Kriegsmaterial aus neutralen nach kriegführenden Staaten auf Schiffen irgendwelcher Flagge auszuschließen.

Ihre definitive Stellungnahme muß sich die deutsche Regierung selbstverständlich bis zu demjenigen Zeitpunkt vorbehalten, in welchem sie auf Grund weiterer Mitteilungen der amerikanischen Regierung in der Lage ist, zu übersehen, welche Verpflichtung die Britische Regierung ihrerseits zu übernehmen bereit ist.

England und Frankreich an die Neutralen.

W.B. Amsterdam, 2. März. (Nicht amtlich.) Die Morgenblätter veröffentlichen folgende Mitteilung der französischen Gesandtschaft in Haag: Die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens teilen den Regierungen der neutralen Staaten folgende Erklärung mit:

Deutschland erklärte, daß der Kanal und die Nord- und Westküste sowie die die britischen Inseln umgebenden Gewässer Kriegsgebiet seien. Es gab amtlich bekannt, daß alle feindlichen Schiffe, die in dieser Zone angetroffen würden vernichtet werden sollten, und daß neutrale Schiffe sich dort in Gefahr befänden. Das bedeutet auf den ersten Blick, daß ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Bemannungen und der Passagiere jedes Handelsschiff, gleichviel unter welcher Flagge, torpediert werden soll. Da das deutsche Marineamt nicht die Macht hat, in diesen Gewässern ein einziges an der Oberfläche fahrendes Schiff zu unterhalten, können diese Angriffe nur durch Unterseeboote ausgeführt werden. Das Völkerrecht und die internationalen Kriegsgebräuche sind bei Angriffen auf Handelsschiffe stets von der Voraussetzung ausgegangen, daß es die erste Pflicht derer, die ein Handelsschiff nehmen, sei, das Schiff vor das Preisgericht zu bringen, wo der Fall beurteilt und die Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme erwogen werden kann, durch dessen Spruch Neutrale ihre Ladung zurückerhalten können.

Die Verfertigung des erbeuteten Schiffes ist an und für sich eine beschränkte Sache, zu der man nur unter außergewöhnlichen Umständen schreiben darf und erst, nachdem die Regeln getroffen sind, die ganze Mannschaft und die Passagiere in Sicherheit zu bringen. Die Verantwortung, zwischen einem feindlichen und einem neutralen Schiffe und zwischen feindlicher und neutraler Ladung zu unterscheiden, liegt unstrittig bei dem angreifenden Schiffe, dessen Pflicht es ist, die Natur und den Charakter des Schiffes und der Ladung festzustellen und die Schiffsapostrophe in Sicherheit zu bringen, bevor das Schiff erbeutet oder versenkt. Ebenso ist es Pflicht jedes Kriegsführenden, für die Sicherheit der Bemannung sowohl eines neutralen als eines feindlichen Schiffes zu sorgen. Alle früheren Beratungen über das Recht, das die Regeln für den Seekrieg aufstellen sollten, beruhten auf diesem Grundsatze. Das deutsche Unterseeboot aber ist nicht imstande, einer dieser Verpflichtungen nachzukommen. Es bringt die erbeuteten Schiffe nicht vor ein Preisgericht und führt keine Besatzung mit sich, die es an Bord eines erbeuteten Schiffes gehen ließe; es wendet kein ausreichendes Mittel an, um zwischen einem neutralen und einem feindlichen Schiffe einen Unterschied zu machen, und es nimmt die Mannschaft und die Papiere des zu versenkenden Schiffes nicht an Bord, um sie in Sicherheit zu bringen. Diese Methoden des Kriegsführenden fallen demnach völlig außerhalb des Rahmens aller internationalen Vorschriften, welche die kriegerischen Maßnahmen gegen den Handel in Kriegszeiten regeln. Die deutsche Erklärung setzt die unterschiedslose Vernichtung an Stelle der Regeln einer entsprechenden Aufbringung. Deutschland wendet diese Methode gegen friedliche Kaufleute und nichtkombattante Schiffbesatzungen an, in der Absicht, zu verhindern, daß Waren aller Art, darunter Vorräte für die Ernährung der Zivilbevölkerung, nach den britischen Inseln und nach Nordfrankreich eingeführt oder ausgeführt werden. Deutschlands Gegner sind daher gezwungen, zu Vergeltungsmassregeln ihre Zuflucht zu nehmen, um ihrerseits zu verhindern, daß Waren irgendwelcher Art in Deutschland eingehen oder daraus ausgehen. Inzwischen sollen diese Maßregeln von England und Frankreich ohne Gefahr für die Schiffe sowie das Leben von Neutralen und Nichtkombattanten in genauer Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Menschlichkeit (!!) ausgeführt werden. Demgemäß halten sich die englische und die französische Regierung für berechtigt, Schiffe mit Waren, die mutmaßlich für den Feind bestimmt sind, oder ihm gehören oder feindlichen Ursprungs sind, anzuhalten und in ihre Häfen zu bringen. Diese Schiffe und Ladungen sollen dann für konfisziert erklärt werden, wenn sie nicht auch sonst der Beurteilung als Preisen unterliegen. Die Behandlung der Schiffe mit Ladungen, die vor diesem Datum ausfahren, soll keine Änderung erfahren.

Ausland.

Statten.

Vorbereitungen. Am Schluß der gestrigen Kammer Sitzung brachte der Ministerpräsident Salandra einen Gesetzentwurf ein betr. Maßnahmen für die Verteidigung in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht. Die „Tribuna“ sagt: Der Entwurf enthält Maßnahmen gegen die Spionage und setzt Strafen fest für Vergehen gegen die Kontrebände betreffende Bestimmungen. Er sieht Beschränkungen der Pressefreiheit in dem Sinne vor, daß die Veröffentlichung von Nachrichten über militärische Bewegungen verboten wird.

Abfluß der Aushebungsarbeiten. Der „Internationale“ meldet: Die Aushebungsarbeiten für die Jahresklasse 1915 wurden am 27. Februar abgeschlossen. Das Ergebnis ist noch unbekannt, doch dürfte diese Jahresklasse ungefähr dieselbe Mannschafszahl ergeben, wie die Jahresklassen 1913 und 1914.

Deutsche Politik.

Alkohol und Kriegsrecht.

Infolge der sich häufenden Berurteilungen von Personen, die sich in angetrunkenem Zustand der Polizei und der Gendarmen widersetzen, hat der Gouverneur von Köln eine Verfügung erlassen, nach der jeder Widersetzliche zum Schutz der öffentlichen Sicherheit sofort in Haft genommen wird und bis zur Aburteilung und Strafvollstreckung in Gewahrsam bleibt. Die Haft wird nicht als Untersuchungshaft angerechnet.

Auch ein Kriegsziel!

Wie sich der „Berl. Lokalanzeiger“ über Kopenhagen melden läßt, hat der frühere französische Arbeitsminister Goyot in London eine Rede über Friedensbedingungen gehalten, in der er ausführte:

„Wie die Verbündeten 1814 sich weigerten zu verhandeln, ehe nicht Napoleon ausgeliefert worden, müßten die Verbündeten diesmal abschließen, mit einem Hohenzollern zu verhandeln. Dieses wäre die erste Friedensbedingung. Preußen müßte stark beschnitten, die Rheinprovinz und Westfalen müßten stark autonom werden, gleichzeitig die preußischen Annexionen von 1866 rückgängig gemacht werden. Frankreich würde außer der Rückgabe von Elsaß-Lothringen keine Gebietsveränderung in Europa verlangen. Natürlicher dürfte auch nicht die Rede davon sein, daß Belgien Land annektiert. Der Kaiser-Wilhelm-Kanal müsse neutralisiert, das polnische Königreich wiedererrichtet werden. Keiner der Verbündeten habe etwas dagegen einzuwenden, daß Rußland Konstantinopel erhält. Die deutschen Kolonien müssen unter England, Frankreich und Japan verteilt werden. Keine neutrale Macht dürfe an den Friedensverhandlungen teilnehmen.“

Badische Politik.

Im alten Gleis.

Der von den Industriellenverbänden in Mannheim unterhaltene Arbeitsnachweis war zu Kriegsbeginn geschlossen worden. Die Beamten dieses Nachweises traten in das städtische Arbeitsamt über und dieses übernahm die gesamte Arbeitsvermittlung für den Platz Mannheim. Man konnte annehmen, es würde so bleiben auch über den Krieg hinaus. Es ist jedoch schon jetzt anders gekommen. Die Mannheimer Industriellen fürchten offenbar, ihren Arbeitsnachweis als Kampfmittel zu verlieren, wenn sie diesen noch länger geschlossen halten. Am 1. März eröffneten sie ihn daher wieder. Mit dem paritätisch geleiteten städtischen Arbeitsnachweis wollen sie nichts mehr zu tun haben. Dem Stadtrat Mannheim schrieben die Industriellen, es sei durch Übernahme großer Seereslieferungen ein dringendes Bedürfnis nach Facharbeitern entstanden; auch sei der Grund des Zusammengehens mit dem städtischen Arbeitsamt durch die reichliche Arbeitsmöglichkeit in Wegfall gekommen. Deshalb werde man auf dringendes Verlangen der Mitglieder den Arbeitsnachweis der Industrie wieder eröffnen. Diese Ausflüchte hätten sich die Industriellen ersparen können. Der derzeitige Mangel an Facharbeitern kann kein Grund sein, den städtischen Arbeitsnachweis zu meiden. Das Vorgehen der Mannheimer Industriellen kann nur als eine Provokation der Arbeiterschaft angesehen werden. Vielleicht soll schon vor Beendigung des Krieges der Tanz wieder losgehen.

Auch die Regierung hat u. E. ein Interesse daran, daß der Mannheimer Industriellenverband nicht wieder seine alte, die sozialen Gegensätze künstlich verschärfende Taktik fortsetzt.

Die deutschen Truppen in den Karpaten.

II.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben: „Im Januar wurde im nördlichen Ungarn eine neue Armee gebildet. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppenteile wurden unter dem Oberbefehl des Generals der Infanterie von Einsingen vereinigt zum Vorgehen über die allgemeine Linie Kaloja-Lag-Dörmege-Volocz-Bezergallos und nordwestlich gegen die russischen Stellungen auf den ungarisch-galizischen und nördlich gelegenen Hochflächen. Die operativen Bewegungen dieser Armee waren im Einklang zu bringen mit dem Vordringen der österreichisch-ungarischen Nachbar-Truppen.“

Gegen Ende Januar trat die neue Armee, in ihren einzelnen Gruppen teilweise vermischt mit österreichisch-ungarischen Verbänden, den Vorwärts in den Tälern des Talador, Kago, der Latorja, der Besca und westlich, während schwächere Kräfte des Bundesgenossen in allgemeiner Linie Kaloja-Lag-Gegard von Volocz sicherten. Hier spielten sich zunächst nur Kämpfe von geringerer Bedeutung ab, bis die Gesamtoperationen der Armee auf Straße Koroňka-Latorja und bei Volocz bis Bezergallos auf härteren Feind stieß. Einer deutschen, hinter dem rechten Flügel der ungarischen Nachbararmee an den Ujgah-Bah vorgeschobenen Division fiel die Aufgabe zu, aus Gegend Onja zunächst in Richtung Buchora in den Rücken des vor der Front der neuen Armee stehenden Gegners vorzustoßen.

Bereits in der letzten Januarwoche (25. 1.) hatte die Armee in erfolgreichem Vorgehen das Höhenland bei und östlich von Koroňka gewonnen, feindliche Gegenangriffe von Koroňka abgewiesen, das Massiv des Mencil (1984) besetzt und die Gebirgszüge des Koroňka (808) und westlich davon nach schweren Kämpfen gesichert. In der Front wurden wiederholt heftige russische Angriffe auf die Koroňka-Höhen (734) mit großen Verlusten für den Gegner abgewiesen, die Vortruppen der Armee nach Einnahme von Bezergallos in die Gegend Oronka und westlich vorgeschoben.

Benige Tage später schlug der rechte Flügel den Feind erneut, nahm die Orte Koroňka-Helfstobes-Majdama-Karalu und verfolgte den schnell zurückweichenden Feind auf Wjshlow. Die Operationen wurden in dem schwierigen Gebirgs- und Hochland durch die Witterung sehr beeinträchtigt. Fast übermenschliche Anstrengungen hatten die Truppen im März und besonders im Angriff zu überleben, ungewohnte Hindernisse des Gebirgskrieges zu überwinden. Mühsam und beschwerlich gestaltete sich der Kampf auf den vereisten, steil ansteigenden oder in zackigen Serpentin auf die Bahnhöfen sich windenden Straßen. Eis und Schnee, Glätte, tief ausgefrorene Gewässer erschwerten den Vormarsch außerordentlich. Aus Ungehore oder wurden die Hindernisse und Anstrengungen sie zu überwinden, sobald die Truppe die Straße verlassen und sich zum Angriff entwidern mußte. Steile, glatte Schneehänge waren zu überwinden, vereiste Sturzhänge zu überwinden. Häufig saßen die Schützenlinien bis zur Schulter in den Schneeein. So gestaltet sich der Angriff zu einem überhöht schweren, mühsamen Vorkämpfen in Schnee und Eis; der einzelne Soldat mußte sich seinen Weg gegen die feindliche Stellung im Feuer des Verteidigers durch den tiefen Schnee ausfinden. In diesen Schneegassen mußte der Angriff vorgezogen werden, während der Gegner Hindernisse vor seinen Stellungen in Gestalt von ausgebeugten Schneewällen aufwarf, die den Angreifer dazu ließen den Drahtschranken in tiefen Schneemassen verankern. Die hereinbrechende Dunkelheit fand die kämpfende Truppe im steigenden Schnee dicht vor den Stellungen. Rohelang erwartete die Armee bei ihren vielen Angriffen auf den Bahnhöfen und einzelnen Gebirgsrücken in Höhe von über 1000 Meter, häufig in eisigem Wunde bei 20 Grad unter Null, den heranzubrechenden Tag und den zu erwartenden Angriff.

Hier haben die Truppen in den ungewohnten Verhältnissen der Kriegsführungen im winterlichen Hochgebirge Höchstleistungen vollbracht, wie wohl kaum eine andere Truppe in ähnlicher Lage. Schwere Opfer mußten allerdings gebracht, Verluste ertragen werden.

Unter solchen Verhältnissen konnten die operativen Bewegungen und die Angriffe nur schrittweise und langsam voranschreiten. Der frontale Angriff unter solchen Schwierigkeiten kostete bedeutende Verluste, die Umfassungsbewegungen beanspruchten lange Zeit in den wegerarmen, vollständig vereisten Nebentälern, endlose Zeit, wenn sie quer über die Gebirgszüge angeht werden mußten. Wenn gleichwohl die Armee vorbrang und auch heute mit Erfolg vorwärts geht, so ist dies einer wirklich unvergleichlichen Truppe zu verdanken und einer Führung, die sich den neuen Verhältnissen und allen Schwierigkeiten anpassen verstand. (Schluß folgt.)

Aus der Partei.

Stadthagen — Generalkommission.

Zu der auch von den veröffentlichten Erklärung der Generalkommission schreibt Genosse Stadthagen dem „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“:

„In dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ veröffentlicht auf S. 86 die Generalkommission einen „sagen mich gerichteten, von An-

arbeitenden und Angehörigen stehenden, „Abwehr“ über-jährlichen Artikel. Der Generalkommission darauf zu antworten, ist unter meiner Würde. Welchem Zweck das von der Generalkommission gegen den „Vorwärts“ und mich veran-staltete Stiefelreiben dienen soll, kann keinem Genossen ent-gehen. Bemerkten möchte ich nur, daß ich vor längerer Zeit von der Kreisversammlung Niederbarnim auf meinen Antrag hin die Ermächtigung erhalten habe, gegen die Mitglieder des Parteivorstandes wegen der Ueberschreitung ihrer Befugnisse durch den von ihnen geführten, sachlich und formell unhaltbaren Beschluß Beschlüsse bei der Kontrollkommission zu erheben. Die Generalkommission ist bekanntlich keine Parteinstanz. Berlin, den 23. Februar 1915.

Arthur Stadthagen.

Diese Erklärung ist nichts weniger als eine Entkräftung oder gar Widerlegung dessen, wogegen die Generalkommission der Gewerkschaften sich gewendet hat.

Soziale Rundschau.

* Die Landesversicherungsanstalt Baden im Januar 1915. Im Monat Januar sind im ganzen 678 Rentengeldsätze eingereicht worden, und zwar 327 Invaliden- bzw. Kranken-, 50 Alters-, 90 Witwen- bzw. Waisen- und 202 Waisenrenten-Geldsätze; bewilligt wurden 455 Renten, nämlich 213 Invaliden-, 19 Kranken-, 34 Alters-, 14 Witwen-, 1 Waisen- sowie 174 Waisenrenten (für 376 Waisen). Es wurden 17 Invaliden-, 2 Alters-, 2 Witwen- und 3 Waisenrentengeldsätze abgelehnt. Außerdem wurden im schiedsgerichtlichen Verfahren 3 Invalidenrenten zurückgenommen.

* Bebauung brachliegender Grundstücke. Das Ministerium des Innern hat die Bezirksämter angewiesen, in allen Gemeinden im Anschluß an den Gemeindeatlas Ausschüsse zu bilden, die die Bebauung aller brachliegenden Grundstücke mit Kartoffeln oder Getreide veranlassen sollen.

Gewerkschaftliches.

Die freien Gewerkschaften im Kriege.

Nach einer offiziellen Fassung der Gewerkschaften, die von der Generalkommission schon veröffentlicht wird, hätten die freien Gewerkschaften bis 30. Januar nicht weniger als 780 594 Mitglieder zum Geere.

Das sind schon mehr als 17 Armeekorps. Die Zahl bleibt aber noch hinter der Wirklichkeit zurück, da in der Statistik nur die aufgeführt sind, die dem Vordringen ihre Einberufung in ordnungsmäßiger Uebersicht angegeigt haben. Die Zahl der Sperrungsmittel dieser offiziellen Zahl und der Wirklichkeit ist das ist z. B. bei den Bauarbeitern zu sehen. Ordnungsmäßig abgemeldet und in die Statistik aufgenommen sind 99 818. Als tatsächlich eingezogen werden aber in einer An-meldung 147 890 schätzungsweise angegeben, also noch 48 000 oder über ein ganzes Armeekorps mehr.

Im Verhältnis zur Zahl der männlichen Mitglieder sind 34 Prozent als eingezogen offiziell aufgeführt. Bei den ein-zelnen Gewerkschaften schwankt die Verhältniszahl sehr stark. Das hängt von verschiedenen Ursachen ab; teils von der Körper-schwäche (Tabakarbeiter 17 Prozent), teils von der Zahl der Organisierten im Verhältnis zur Organisationsfähigkeit (Fleischer 70,8 Proz., Hausangestellte 28 Proz., 7 Mann von 28 männlichen Mitgliedern) und mancherlei anderen Um-fänden, die zu erwähnen nicht unsere Aufgabe ist.

Als arbeitslos wurden am gleichen Tage noch 36 293 Mit-glieder gezählt, gleich 6,8 Prozent. Auch die Arbeitslosigkeit ist bei den verschiedenen Berufen sehr verschieden. Es muß be-dacht werden, daß die Jahreszeit für einige der beteiligten Berufe eine starke Steigerung der Arbeitslosigkeit mit sich bringt. So wies die Steinzeiger 48 Prozent Arbeitslose auf. Da ist wohl die Jahreszeit die Hauptursache. Auch die Zivil-muster haben 42,4 Prozent Arbeitslose. Hier ist wieder ganz allein der Krieg an der Arbeitslosigkeit schuld. Die geringste Arbeitslosigkeit haben die Bergarbeiter mit 0,1 Proz., 58 Mann. Sehr gering ist sie auch bei den Metallarbeitern; nur 2,6 Proz. gleich 3318 Mitglieder, berechnet von 318 765 Mitgliedern gegen-über 692 000 am Schlusse des 2. Quartals 1914. Die Differenz von mehr als 200 000 sind bis auf einen kleinen Rest die im Felde stehenden, nämlich genau 199 700 (ordnungsmäßig abgemeldet). Außerordentlich groß sind die finanziellen Leistungen in der Kriegszeit. Die preiswürdige Staatskasse stellt bekanntlich den Gemeinden eine Beihilfe von 110 Millionen Mark zu Kriegszwecken zur Verfügung. In dieser Summe mäßig die Bedeutung der gewerkschaftlichen Unterstützungsleistungen. In der Zeit bis zum 30. Januar schickten die Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung 17 783 129 Mk. und für Familien der Kriegsteilnehmer 6 180 208 Mk.

Das sind Leistungen, die sich sehen lassen können.

* Große Gewerkschaftskämpfe in England. Die „Daily News“ bespricht sich mit der Unruhe in der Arbeiterwelt, die sich immer mehr ausbreitet und über das ganze Land ausbreitet. Die hartnäckige Leisheit dafür sei die Preissteigerung für Lebensmittel und andere Gebrauchsgüter. Die Bewegung macht sich auch schon in der landlichen Arbeiterbevöl-kerung stark fühlbar. Das Exekutivkomitee der beiden Land-arbeiterorganisationen, der National Agricultural Labourers und der Rural Workers Union beschloß den Streik in Norfolk. Es wird gegen Frauen- und Kinderarbeit protestiert. Man sagt, es seien genug Arbeiterkräfte vor-handen, wenn man sie entsprechend bezahlen wolle. Im Ge-biete des Glube wird über den Streik abgemittelt. Man be-trachtet, daß die Arbeiter über alle für Niederlegung der Arbeit sind. — Unter den Bergarbeitern wird über die Einfüh-rung eines Lohnmehrs verhandelt. Die Arbeiter, die in dem mit dem Krieg zusammenhängenden Industrien beschäftigt sind, sehen, daß die Unternehmer viel verdienen, und wollen ihren Anteil an dem großen Reichtum haben. Zweihundert Arbeiter der Lebensmittelmittelzentrale der Regierung in Port-hampton traten gestern in den Ausstand. Die Truppen der Territorialarmee verrichten vorläufig die Arbeit.



Gefallene Badener. Den Heldentod fürs Vaterland starben:

Ref. Ernst Lab; Ref. Hermann Rüdell und Land-wehrm. Glasnermeister August Grob, sämtliche von Pforzheim. Gefr. d. R. Friedrich Geberl von Eutingen. Gust. Kunkel von Bruchsal. Gefr. d. R. im Regt. 40 Friedrich Fluhr von Mannheim. Landsturmm. im Regt. 113 Leopold Eberenz; Kriegsfreim. im Regt. 113 Jos. Rombach und Drag. im Regt. 22 Oskar Zeitbogel sämtliche von Freiburg. Musk. im Regt. 169 Mechaniker Jakob Schneebeli von Emmendingen. Kriegsfreim. Paul Guhl von Wühl. Er.-Ref. im Regt. 40 Wilh. Chret von Rimbura. Gefr. Theobald Battf. von Birkenreuthhof bei Kirchzarten. Er.-Ref. Ad. Staiger

von Giltensbach. Musk. Franz Maier von Unterpöschel. Gefr. im Regt. 112 Georg Wolf beim Bürgermeisteramt Bellingen. Die Unterlehrer Franz Göy in Ruchloch, Hugo Klug von Mannheim. Karl Gorb in Karls-rube. Wilhelm Rudolf in Sillenheim bei Heidelberg, und Stefan Bierer in Wohlshach bei Dffenburg; ferner Max Gemp und Fritz Geitlinger, beide von Schall-bach und Ref. Adolf Solzschetter von Gottmadingen.

Aus dem Lande.

Rastatt. — Einheitspreis für Gas. Der Gemeinderat hat beschlos-sen, daß anstelle der zurzeit gültigen Preise für Leuchtgas mit 30 Pfg. pro Kubikmeter und Koch- und Heizgas mit 14 Pfg. pro Kubikmeter ein Einheitspreis von 16 Pfg. pro Kubikmeter festgesetzt werde.

Baden-Baden. — Der Stadtrat hat beschlossen, weitere 400 Zentner Mehl einzukaufen und hat beim Bezirksamt beantragt, einen Höchstpreis von 30 Pfg. für das Brotmehl (Weizenmehl mit 30 Proz. Roggenmehl) festzusetzen. Weitere Fürsorge wird getroffen, zunächst durch Ankauf von Fleischkonserven in Dosen für 2000 Mk. Wegen Bereitstellung von Mäde-waren hat die Fleischer-Innung das erforderliche beantragt, und behält sich der Stadtrat spätere Entscheidung hierüber vor. Pogriffsdienst ist der an die Stadtgärtnerei ergangene Auf-trag, Frühgemüsepflanzen in größeren Mengen zu züchten zur Abgabe an Besitzer von Gärten. Zur Förderung der Volksernäh-rung ist mit der Anlage von Kleingärten auf städtischen Wiesen und Schuttplätzen, welche letztere mit guter Erde überdeckt werden, begonnen worden. Die Kleingärten werden in billiger Pacht gegeben. Die Stadtgemeinde ist der deutschen Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime mit einem Beitrag von 3000 Mark an deren Kriesfront beigetreten, wofür ihr in fünf Jahren zusammen 440 frei Verpflegungstage zustehen. Zur Unter-stützung von Kriegsveteranen werden der Kaiser-Wilhelms-Stiftung für deutsche Invaliden wieder 300 Mk. zugewendet. Das Volkshilfsreferat ist ermächtigt worden, für die Versorgung von Bedarfsfällen Urlaub für einzelne Kinder zu genehmigen.

Offenburg. — Gewerkschaftskartell. Die auf heute abend fällige Kartellung muß umständlicher um acht Tage ver-schoben werden. Sie findet bestimmt am nächsten Mitt-woch, 10. März, statt.

Der Vorshühverein Offenburg hält heute Mittwoch abend seine ordentliche Generalversammlung ab. Der Gesamtumsatz beträgt 69,2 Millionen Mark, der Reingewinn 122 376,60 Mk., 6 Prozent Dividende 70 021 Mk. Der Verein zählt jetzt 2457 Mitglieder.

Die Ortskrankenkasse Offenburg-Stadt hat einen gün-stigen Abschluß für 1914 zu verzeichnen. Das vorjährige große „Defizit“ hat sich in einen Ueberschuß von einigen tausend Mark umgewandelt. Wie die Mannheimer „Volkstimme“ mit-teilt, wirkte der Krieg als günstiger Faktor. Die Zahl der Ver-pflegungsstage im städtischen Krankenhaus hat sich wesentlich vermindert.

Aus Wörschach (Amt Durlach) schreibt man uns: In einer schlimmen Lage befinden sich die hiesigen Einwohner, die zu einem großen Teile darauf angewiesen sind, ihr Brot zu kaufen. Da nämlich das Brotbaden für die Bäckermeister augenblicklich nicht so rentabel ist, wie in normalen Zeiten, hängen sie geist-lich die Baderei ganz an der Nagel. Es sind Bäckermeister hier, die oft mehrere Wochen kein Brot baden. Was sollen aber die Leute machen, die solches haben müssen? Es wäre dringend erwünscht, daß hier das Bezirksamt einschreite und auch Preise für Mehl und Brot samt Gewicht festsetzt.

Bergheim, 2. Dez. Zum Leutnant befördert wurde der Zimmermann Brotbeck vom Stadteil Bröhlingen. Derselbe besand sich zurzeit des Kriegsausbruchs als Sergeant der Schutztruppe in Kamerun hier zur Erholung von einer schweren Rippenfellentzündung. Im Kampfe gegen Frankreich wurde er bald zum Offiziersstellvertreter und nun zum Offizier ernannt. Man kann also auch Arbeiter zu Offizieren brauchen; noch nie dagewesen!

Gernsbach, 3. März. Die Eröffnung der Leifestrabe der Badischen Murgtalbahn Nordach-Raumünzach wird nach der „Badischen Presse“ am 1. April 1915 erfolgen. Die Murgtal-bahn ab Weisenbach und besonders das neue Stück, das nun im Bau tollendet wird, gehört zu den feinsten, an Naturwundern reichsten Bauwerken Süddeutschlands.

Rohrbach bei Heidelberg, 2. März. Eine Windhose setzte gestern in einer Breite von 10 Metern über das Feld und warf alles, was in ihren Weg kam, zu Boden. Etwa 20 Bäume, alte, kräftige Stämme, von denen einer einen Durchmesser von einem halben Meter hat, sind, mitsamt den Wurzeln, spielend aus der Erde herausgedreht worden. Ein dem Baumunternehmer Grimmlinger gehörendes, fest aufgeführtes Lagerhaus, ist mit dem daselbst umgebenden hohen Bretterzaun wie ein Karrenhaus umgeblasen worden. Alles liegt bunt durcheinander. Die Windhose setzte mit ihrer verächtlichen Tätigkeit etwa 100 Meter westlich der Weimener Landstrabe ein, ging über diese quer hinweg und brach sich erst am Fuße des Gebirgsabhanges, kurz vorher noch von einem Neubau eine Anzahl Ziegel abde-fend. Kurz vor Auftreten der Windhose hatte aber die Straßenbahn die Stelle passiert. Wäre der Straßenbahnwagen von dieser mächtigen Windhose erfasst worden, hätte es ohne Zwei-fel ein großes Unglück gegeben. Die entwurzelten Bäume sind alles Obstbäume, jedoch der Schaden immerhin nicht gering ist.

Heidelberg, 3. März. Einem geriebenen Einbrecher, dem schon mit Justizhaus vorbestraften Kaufmann Erich Müller aus Pries, diktierte die Strafkammer eine gerechte Strafe. Müller war hier in ein Schulhaus eingestiegen, hatte sechs Kägen und andere Gegenstände, darunter auch von den Schulmädchen, an-gesetzte Liebesgaben, gestohlen. Er erhielt 2 Jahre Justiz-haus. In Mannheim und Worms wird sich der Einbrecher ebenfalls wegen Diebstählen noch zu verantworten haben.

Wiesloch, 2. März. In Dießheim fand eine Bauer's-Frau am gestrigen Morgen ihr einige Wochen altes Knäblein neben sich im Bette tot. Nach ihrer Angabe hat sie das Kind am Abend vorher mit ihr ins Bett genommen, dort ist sie bald eingeschlafen und im Schlafe hatte sie dann den Erstfindungstod des Kleinen herbeigeführt. Der Ehemann der Frau steht im Felde.

welche zarte, weiße Haut, blendend schönen Teint erlangt, u. erhält will, wäscht sich nur mit der allein echten

Eine Dame **Steckenspend-Seife**

die beste Lillienmilchseife von Bergmann & Co., Radebeul, a Stück 50 Pf. Überall zu haben Ferner macht der Cream „Dada“ rote und spröde Haut weiß und sammetweich. :: Tube 50 Pf

Wannheim, 3. März. Das Städt. Statistische Amt hat im Auftrag der Stadtverwaltung in den letzten Tagen eine Untersuchung über den Mehlverbrauch nach der Wohlhabenheit der Personen angestellt. Die Erhebung, welche sehr interessante Resultate ergab, erstreckte sich auf 144 Mitglieder des Bürgerausschusses, auf die auf dem Rathaus beschäftigten verheirateten Beamten und auf eine Anzahl vom Gewerkschaftsamt getannter Arbeiter. Wesentlich ist vorgefallen, daß pro Kopf und Woche 1800 Gramm Brot und 200 Gr. Mehl verbraucht werden dürfen. Aus den durch die Erhebung eingegangenen 416 Fragebogen stellte das Statistische Amt fest, daß dieses Quantum nach der bisherigen Lebensweise für gut situierte Leute zugänglich, aber für minderbemittelte Leute unzulänglich ist.

Freiburg, 2. März. Gestern nachmittag fand unter großer Anteilnahme die Bestattung des Oberbürgermeisters a. D. Dr. Winterer statt, welche der Stadtrat in Anerkennung der unvergänglichen Verdienste des Verstorbenen als städtische Angelegenheiten zu betrachten beschloffen hatte. Es nahmen daran u. a. teil: Prinz Max von Baden und die Freiherren von Babo und Göler, sowie zahlreiche Mitglieder der Ersten Kammer und der Präsident der Zweiten Kammer der Landstände, Professor Mohrkurt, ferner leitens der Regierung die Minister Dr. Frey, von Bodman und Kultusminister Dr. Böhm, weiter Erzbischof Dr. Körber, viele Oberbürgermeister badischer Städte, Vertreter der Regierungskreise und Kommunalerbände, der Landesrat sowie von Kunst und Wissenschaft. Ansprachen wurden gehalten vom Minister Dr. Frey, von Bodman, Oberbürgermeister Thomae Freiburg, Domkapitular Paul, dem Prorektor Professor Dr. Schulz namens der Universität Freiburg, dem Reichstagsabg. Fehrenbach, dem Oberbürgermeister Bodmer, Prof. Dr. und Vertretern vieler Vereine und Körperschaften.

— **Unfälle.** Ein 37jähriger lediger Tagelöhner geriet bei Winterthal unter sein Dachstuhl, wurde überfahren und starb an den erlittenen Verletzungen. — Ein 49jähriger Schustergehilfe fiel in betrunkenem Zustand in einen Straßengraben und ertrank.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 3. März.

Verammlung gegen die Bierpreiserhöhung.

Wir machen nochmals auf die heute nachmittag halb 4 Uhr im Saale der alten Brauerei Kammerer (Walhornstraße) stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam, in der die Wirte und Konsumenten zur Bierpreiserhöhung Stellung nehmen. Das Hauptreferat hält Landtagsabgeordneter W. Kolb.

Die Geschäftsstelle der Mehl- und Brotverteilung befindet sich wie uns vom städtischen Nachrichtenamt mitgeteilt wird, von nun ab bis auf weiteres im großen Rathaus 52 A.

Die Eröffnung des neuen Altstadtbahnhofs (Ecke der Reichs- und Schwabstraße) hat sich abends vollzogen; sie wird voraussichtlich erst Mitte März erfolgen können. Ursprünglich sollte das neue Aufnahmegeräude schon auf Neujahr dem Betrieb übergeben werden, doch war dies infolge wegen des Kriegszustandes verspäteter Lieferungen von Kupfer- und Eisenmaterialien nicht möglich. Der neue Bahnhof macht äußerlich einen sehr günstigen Eindruck; er ist im Stil ganz der Architektur des neuen Bahnhofviertels angepaßt.

Warnung vor privaten Auskunftsstellen. Das Kriegsministerium teilt mit: Immer noch tun sich anläßlich des Kriegszustandes private Auskunftsstellen auf, um gegen Entgelt Auskünfte über Verwundete und Vermisste zu erteilen. Da diese Stellen gar nicht in der Lage sind, genaue Auskünfte zu geben, weil ihnen hierzu das nötige Material fehlt, bedeutet ihre Inanspruchnahme eine unnütze Geldausgabe für das Publikum. Zur Auskunftserteilung ist das Zentralnachweisedureau des Kriegsministeriums in Berlin, Dorothienstraße 48, geschaffen worden, dem alle Truppen- und Lazarettmeldungen, sowie die Gefangenenslisten aus dem Ausland zugehen, so daß diese Stelle allein vollständige Auskünfte erteilen kann; zudem erfolgt die Auskunftserteilung des Zentralnachweisedureaus kostenfrei.

Wohltätigkeitskonzert. Am Montag, 8. März, abends 7/8 Uhr, findet im Saale des Großh. Konseratoriums ein „Trio- und Sonatenaabend“ geistvoller Komponisten zugunsten der Hinterbliebenen im Kriege statt. Diese künstlerische Veranstaltung dürfte das Interesse weitester Kreise für sich in Anspruch nehmen, sind doch die Veranstalterinnen zwei junge, aus dem höchsten Großh. Konseratorium herbeigekommene Künstlerinnen. Die Pianistin des Abends, Elisabeth Moriz, versteht es vorzüglich, mit ihren Höhrern in Fühlung zu treten. Ihre allseitig entwickelte Technik dient ihr nur als Mittel, ein tiefes Musikempfinden zum Ausdruck zu bringen. Dazu kommt ein prächtiger, befehlter Anschlag und eine ungewöhnliche Gehaltskraft. Paula

Malc, die Geigerin, ist schon des öfteren hier und anderorts ausübend vor die Öffentlichkeit getreten. Ihre vorzüglichsten violonischen Leistungen fanden stets allgemeine, ungeteilte Anerkennung. Das Programm umfaßt Werke, die zum Teil in Karlsruhe zum erstenmal zur Aufführung gelangen. Eingeleitet wird der Abend durch eine „Sonate“ für Violine und Klavier des 17jährigen Wiener Komponisten Erik W. Korngold, die einen geradezu bewundernswürdigen Grad musikalisch-technischer Vollendung offenbart. Sodann wird Fr. Moriz einige Klavierstücke von Max Reger zu Gehör bringen, welche von den zahlreichen Freunden dieses Meisters freudig begrüßt werden dürften. Ein Trio-Caprice für Violine, Cello und Klavier von Paul Juon bildet den wirkungsvollen Abschluß des interessanten Abends. Der Komponist schöpft den tonpoetischen Inhalt seines Trio-Caprice aus Selma Lagerlöfs bekanntem Roman „Gösta-Berling“. Den Violoncellpart hat Herr Kammervirtuos Julius Schwangaro in liebenswürdigster Weise übernommen. Das Arrangement ist der Hofmusikalischen Abteilung Fr. Doert hier übertragen.

Über das Volkslied in Krieg und Frieden sprach gestern abend im Arbeiterbildungsverein Frau Ottilie Stein (Karlsruhe). Die Vortragende feierte das deutsche Volkslied als einen gewaltigen Machtfaktor der Erziehung und der Vorbereitung für das Leben, als ein Eigentum der deutschen Volkseele, die auch in den schwierigsten Stunden des Daseins, ja auch in grauenhaften Gemüthsstimmungen nicht von ihrer Bedeutung verliert. Keine der mit uns im Kriege stehenden Nationen kann sich rühmen, sich nur annähernd einem so vollwertigen Schatz von Volksliedern zu besitzen wie wir, keine hat aber auch den Wert des Volksliedes so erkannt, wie das deutsche Volk, dem es vertraut ist seit Jahrhunderten. Darum ist es Aufgabe und Pflicht der Schule und des Elternhauses, den Wert des Volksliedes in die Kindesseele einzupflanzen, daß sie bewahrt bleibe von all den schädlichen Auswüchsen, die sich noch bis kurz vor Ausbruch des Krieges als Gassenbauertanze und Melodien breit machten in den weichen Kreisen des Volkes. Die Vortragende verlas es, ihre Zuhörer zu fesseln und wurde ihr am Schluß ihrer Ausführungen reichlich wohlverdienter Beifall zu teil.

Kalenderstücke, Herrenstraße 11. Ab heute gelangt der hochinteressante Film „Der Zeppelin-Angriff auf England“ zur Vorführung. Dieser Film ist eine Sühnleistung ersten Ranges und durch das Reichsmarineamt zur Veröffentlichung zugelassen. „Der Graf von Monte Christo“, nach dem berühmten Roman der Weltliteratur, wird gewiß jeden Besucher fesseln. Als Gastspiel „Die Hölle“, ein Lustspiel in drei Akten.

Reizend-Theater, Waldstraße und Schillerstraße. Auf der gewöhnlichen Höhe steht auch das Programm vom Mittwoch bis einschließlich Freitag wieder; es bezeichnet als aktuelle Sensation den „Zeppelin-Angriff auf England“ mit einer Reihe interessanter biographischer Bilder, ferner ein gelungenes Lustspiel „Der Fiedel“ und ein Volksstück in 4 Akten von Arthur Schnitzler „Die Leier“, das, mit kräftigen Strichen gezeichnet, zu einem dramatischen Ende führt. Ein „Stellbildein“ bildet den angenehmen Abschluß.

Neues vom Tage.

Uit russische Kriegsgefangene Offiziere entwichen. Mit russische Offiziere sind zum Teil unter dem Schutz von Zivilkleidern, die sie über ihren Uniformen tragen, aus dem Gefangenenslager Gütersloh bei Essen geflohen. Mit Hilfe von Karten fanden sie den Weg nach der holländischen Grenze, verfielen aber dem Lebergang und mußten sich einige Zeit, da einer von ihnen wegen Erschöpfung nicht weiter konnte, verborgen halten. Sie wurden entdeckt. Bei der Festnahme gelang es einem der Offiziere, dennoch zu entkommen und sich bis zur holländischen Grenze durchzuschlagen. Hier wurde er indes, wie der „Münstersche Anzeiger“ meldet, von einem deutschen Grenzposten erschossen.

Letzte Nachrichten.

Ausdehnung der Streiks in England. Berlin, 2. März. Die Morgenblätter teilen mit, daß die Zahl der Streikenden im Clydeside jetzt 20 000 beträgt.

Verbot der Mitarbeit italienischer Offiziere an den Zeitungen. Zürich, 2. März. Wie die „Neue Züricher Zeitung“ erfährt, verbietet ein Befehl des italienischen Kriegsministers allen Offizieren, auch den Offizieren außer Dienst, die Mitarbeit an Zeitungen durch kritische Betrachtungen über die militärischen Operationen des gegenwärtigen Krieges.

Teuerungskrawalle in Italien.

Berlin, 2. März. Aus Mailand wird dem „Berl. Volksanzeiger“ berichtet: Nach dem „Corriere della Sera“ tumultuierten gestern in Lissa die Frauen gegen die hohen Brotpreise. Ein Polizist wurde durch einen Steinwurf verletzt. Carabinieri und eine Kompanie Infanterie stellten die Ordnung wieder her. In Lecco beschloffen die Bäcker die Schließung ihrer Läden, weil die Stadtverwaltung sich weigert, den Brotpreis von 25 auf 57 Cts. das Kilogramm zu erhöhen.

Lebensmittelteuerung in Rußland.

Petersburg, 3. März. In den nachstehenden Städten: Jekaterinoslaw, Kofrowa, Koltawa, Komschertsk, Tambow und Witebsk besteht eine große Teuerung. Weizenmehl erfuhr eine Steigerung von 35 Proz., Roggenmehl um 25 Proz., Kartoffelmehl um 35 Proz., Butter um 25 Proz., Zitronensäure um 300 Proz., Petroleum um 40 Proz.

Eine russische Kriegsteuer.

Frankfurt a. M., 2. März. (Nicht amtlich.) Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Stockholm berichtet: Wie aus Petersburg gemeldet wird, soll eine progressive Kriegsteuer von 6 Rubeln für Einkommen unter 1000 Rubeln und bis zu 200 Rubeln für Vermögen bis zu 20 000 Rubeln allen Kriegsumtauglichen bis zum Alter von 43 Jahren auferlegt werden.

Zur politischen Lage in Portugal.

Berlin, 2. März. Wie das „Berl. Tagbl.“ aus Genf erfährt, beschloß nach einer Lissaboner Meldung das republikanische Direktorium bei Beratung der politischen Lage die Minister wegen Verletzung der Verfassung vor Gericht zu laden. Die republikanischen Komitees werden aufgefordert, gegen die Regierungsbiktatur Kundgebungen zu veranstalten.

Ein Attentat.

Lissabon, 2. März. (Agence Havas.) Der Deputierte Cardoso wurde vor dem Gebäude des republikanischen Direktoriums durch einen Revolverbeschuß getötet.

Die Stimmung in Persien.

Petersburg, 3. März. „Ausloje Sowno“ meldet aus Teheran vom 22. Februar: Die Einwohner Teherans weigern sich, englisches Papiergeld anzunehmen. Sie stürmen die Banken, um die Umwechslung zu erzwingen.

Die Haltung Amerikas.

London, 3. März. Das „Reuterische Büro“ meldet aus New York: Obwohl noch keine amtliche Erklärung über die englische Aktion vorliegt, wird folgendes Communiqué von Washington aus an die Presse gegeben: In amtlichen Kreisen herrscht allgemein der Eindruck, daß ein entschiedener Protest gegen die Aktion der Verbündeten erhoben werden wird. Man betrachtet diese als ohne Vorgang und hält es für wahrscheinlich, daß sie dem Handel der Vereinigten Staaten mit Ländern, mit denen die Vereinigten Staaten in Frieden leben, Schäden zufügen wird.

Briefkasten der Redaktion.

W. R. Warum omnium? Sprechen Sie doch mal bei uns vor.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 1.90 m, gef. 18 cm, Rehl 2.34 m, gef. 14 cm, Marau 3.91 m, oest. 24 cm, Mannheim 3.08 m, oest. 20 cm

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luffenstraße 24.

Geschäftliches.

Heraus mit dem alten Metall. Nicht nur das Gold ist im Interesse des Vaterlandes an das Reich abzuliefern, nein, auch das Metall, das zur Bereitung von Munition dringend gebraucht wird. Jeder Einzelne kann in bequemer Weise dem Vaterlande schon dadurch dienen, daß er in seinem Haushalt Unnützes hält noch abgängigem Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, Stannol, Aluminiumgeschirren usw., das zum Einschmelzen gebraucht wird. Es werden dafür jetzt die höchsten Preise bezahlt und vertreiben wir auf das diesbezügliche Inserat in heutiger Nummer von M. Kleinberger, Schwabenstraße 11, Telefon 885.

! Das Geheimnis !
der Erhaltung des Leinens liegt in dem Gebrauche von
Minlos'schem Waschpulver

Krokodil Karlsruhe
Von Mittwoch abend 6 Uhr an im Ausschank

St. Benno Bier

aus der Aktienbrauerei zum Löwenbräu in München.
Möloth.

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe.
Am Donnerstag, d. 4. März findet in der „Gewerkschafts-Zentrale“ die **General-Versammlung** des Gewerkschafts-Kartells statt.

Tagesordnung:
1. Innere Angelegenheiten.
2. Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresabrechnung.
3. Geschäftsbericht des Kartells und Arbeitersekretariats.
4. Neuwahlen. 5244

Um pünktliches u. vollzähliges Erscheinen der Delegierten ersucht
Die Kartellkommission.

1 Schlafzimmer
1 Wohnzimmer
1 Kücheneinrichtung
ganz wenig gebraucht, äußerst **billig** abgegeben bei
Heinrich Karrer
Lagerhaus u. Möbelabteilung
Philippstr. 19. Teleph. 1059.

Geisingstr. 25, 3 Tr. (Brdb.),
ist ein freundl. möbl. Zimmer mit Kaffee für 18 M. zu verm.

Schneider
für **Militärarbeit**
auf Werkstatt und Heimarbeit sucht
Hans Lependeker
Kaiserstr. 177.
Knopfmachmaschine vorhanden. 5171

Hohen Nebenberdienst
j. jedermann d. neue leichte Handarbeit i. eig. Heim. Arbeit nehme ab u. zahllos. aus. Wulter u. Anleitg. geg. Einleindg. d. 50 Wfg. frko. Nach hme 30 Wfg. mehr. Verordnungs- u. Englebrcht, Stodsdorf 62, bei München. 4152

Regenschirme
staunend billig 4679
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Verloren wurde am Dienstag den 2. März nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr auf dem Wege von Luffenstr. 91, Ettlingerstr. zur Bahnpost ein **20 Markschein**. Abzugeben gegen Belohnung in der Exped. dieses Blattes. 5256

Einheitspreis
3²⁰ erstklassige Cottbuser Fabrikate
Stoff für einen kompletten Anzug Mk. 25.—
Wilh. Wolf jr. Kalsorstr. 82a
Engros-Tuchabteilung. 5183

Wir empfehlen:
Deutsch-Französ. Krieg 1870/71
Preis Mark 3.—
Arbeiter-Notizkalender 1915
Preis 50 Pfennig.
Buchhandlung „Volksfreund“, Luffenstr. 24.

Sehr schöne
gelbe gespaltene Erbsen
empfiehlt 5261
Lebensbedürfnisverein.

Durlach.
 Sterbekasse des Sängerbund „Vorwärts“.
 Freie Turnerschaft, gegründet 1899.
 Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.



Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder in Kenntnis zu setzen, daß weiter folgende Mitglieder im Kampfe fürs Vaterland gefallen sind:

- Joseph Knierim, Fabrikarbeiter
- Martin Ernst, Metallarbeiter
- Otto Jahn, Weißgerber
- Franz Gerton, Stadtarbeiter
- Leonhard Flagmaier, Metallschleifer
Mittler des Eisernen Kreuzes
- Franz Klenert, Fabrikarbeiter
- Karl Kröber, Metallschleifer
Mittler des Eisernen Kreuzes.

Wir werden diesen treuen Mitgliedern unseres Vereins jederzeit ein ehrendes Andenken bewahren. Wir beklagen nunmehr den Verlust von insgesamt 15 Mitglieder.
 5247

Die Verwaltung.



Sozialdemokratischer Verein Durlach.

Im Kampfe fürs Vaterland sind uns weitere folgende Parteigenossen entzogen worden:

- Knierim Joseph, Fabrikarbeiter
- Ernst Martin, Metallarbeiter
- Jahn Otto, Weißgerber
- Zeltmann Ludwig, Mechaniker
- Kröber Karl, Metallschleifer

was wir hiermit unseren Parteigenossen gütigst zur Kenntnis bringen. Ehre ihrem Andenken.
 5246

Die Parteileitung.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau, Mutter, Großmutter und Tante, für die zahlreiche Begleitung, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers sprechen wir unsern wärmsten Dank aus.
 5265

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Friedrich Günther.

Durlach.
 Donnerstag, 4. März, abends halb 9 Uhr, findet im Saale des „Darmstädter Hofes“ eine

Oeffentliche Versammlung

statt. — Gewerkschaftsbeamter Leopold Nücker, Karlsruhe, spricht über:

„Die Volksernährung im Krieg“

Hierzu laden wir die Einwohnerschaft, insbesondere die Frauen, freundlichst ein.
 5249

Der Einberufer.

Touristenverein „Die Naturfreunde“

Ortsgruppe Karlsruhe.



Wir weisen nochmals auf die in Heft 1 beiliegende Einladung zu unserer diesjährigen ordentlichen

General-Versammlung

hin. Diefelbe findet Samstag, den 6. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal „Gambriunshalle“ statt.

Die Tagesordnung lautet:

1. Geschäfts- und Kassenbericht
2. Beratung etwaiger Anträge
3. Ergänzungswahlen
4. Berichtedenes.

Die verehrlichen Mitglieder sind nochmals hierzu eingeladen. Der wichtigen Tagesordnung halber wird um vollzähliges Erscheinen gebeten
 5248

Die Ortsverwaltung.

Palast-Lichtspiele Herrenstrasse 11.

Der Zeppelin-Angriff auf England

Dieser Film ist eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges, durch das Reichsmarineamt zur Veröffentlichung zugelassen.



Der Graf v. Monte Christo

Nach dem berühmten Roman der Weltliteratur.
 Der hochinteressante Film wird jeden Besucher fesseln.

Als Gratis-Einlage:

„Die Hölle.“

Ein Lustspiel in 3 Akten.

Verwundete haben freien Zutritt. — Vorzugskarten sind gültig.

Städtische Sparkasse Karlsruhe.

Wir machen unsere Einleger darauf aufmerksam, daß wir Zeichnungen auf die neue Kriegsanleihe annehmen. Die gezeichneten Beträge werden unter Verzicht auf die Kündigungsfrist zu den in den Zeichnungsbedingungen festgesetzten Terminen bezahlt werden.

Einlegern gegenüber, die nicht bei uns, sondern bei einer anderen Zeichnungsstelle auf die Kriegsanleihe zeichnen, wird auf die Kündigungsfrist nur verzichtet werden, wenn sie eine Bestätigung der Bank usw. über die Höhe ihrer Zeichnung bis spätestens 18. März l. Js. uns vorlegen.

Karlsruhe, den 25. Februar 1915.

5194

Städt. Spar- und Pfandleihkasse-Verwaltung.

Schwanenstr. 11. Tel. 835.

Für

Kriegszwecke

zahle ich für Metallgegenstände, wie Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei, Aluminiumgeschirre und Staniel zum Einschmelzen aller Art Metalle, die höchsten Preise.

M. Kleinberger.
 Karlsruhe.

Schwanenstr. 11. Tel. 835.

Aufruf.

Die bis jetzt eingegangenen freiwilligen Gaben für die bedürftigen Familien unserer Krieger reichen noch bei weitem nicht aus, um den fortlaufenden und ständig steigenden Anforderungen der Kriegsfürsorge gerecht zu werden. Da die Zahl der unterstützungsbedürftigen Familien, insbesondere durch die teilweise Einberufung des ungedienten Landsturms, weiterhin zunimmt, und die Bedürftigkeit der bisherigen Unterstützten während der Dauer des Krieges zum größten Teil fortbesteht, ist es dringend erforderlich, daß der Sammlung ständig weitere Mittel zuziehen, um die Verteidigung aller berechtigten Ansprüche einigermaßen sicher zu stellen.

Wir richten daher an unsere in der Heimat verbliebenen Mitbürger, vor allem an die Begüterten und an jene unter ihnen, die bisher noch nichts beigetragen haben, wiederholt die dringende Bitte, uns fortdauernd freiwillige Gaben zuzuwenden.

Zur Empfangnahme ist die Abteilung B der Stadtkasse (Wohltätigkeitskasse, Rathaus, Erdgeschoss, Eingang Hebelstraße, Zimmer Nr. 29) beauftragt. Außerdem nehmen der Oberbürgermeister, die Bürgermeister, sämtliche Stadträte und Stadtverordnete, sowie die Banken und die Ausgabestellen der hiesigen Tagesblätter solche Gaben entgegen.

Die Verwendung der Gaben liegt in Händen der Kriegsunterstützungskommission, in der Vertreter der Stadtgemeinde, des roten Kreuzes, der Frauenvereine, der Kirchengemeinden, der Gewerkschaften und sonstiger Fürsorgeorganisationen zu gemeinsamer Hilfsarbeit vereinigt sind.

Die Geschäftsstelle der Kriegsunterstützungskommission ist das Kriegsunterstützungsammt im Rathaus, südlicher Flügel, III. Stock, Zimmer Nr. 110—118.
 4979

Karlsruhe den 8. Februar 1915.

Der Stadtrat.

Arbeiter! Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Interessen des „Volksfreund“.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen: Heinrich Zimmelmann von Eisingen, Metzger hier, mit Auguste Leig von hier. Philipp Postweiler von hier. Ranzleigebilde hier, mit Mina Traub von hier. Gottlieb Weber von Rittersbach, Fabrikarbeiter hier, mit Lina Rauterbach von Hagenbach.

Geburten: Gerda, B. August Mittelst, Gewerbekontrolleur. Karl Heinrich, B. Heinrich Pernig, Fabrikant. Ruth, B. Hermann Dießlin, Fortifikationsrat. Paul Josef, B. Julius Sommer, Kaufmann. Johanna Ferdinande Johanna Friederike Maria, B. Friedrich v. Hoffmeister, Oberleutnant. Renard Philipp, B. Arno Heilmüller, Schuhmacher. Thelma Erna, Vater Friedrich Schaumburg, Schuhmacher. Elisabetha, Vater August Peder, Schlosser. Todesfälle: Franz, alt 2 Jahre, B. Max Schottmüller, Fabrikarbeiter. Ludwig Pippert, Zimmermann, Witwer, alt 70 J. Arwin, alt 11 Monate 16 Tage, Vater Arwin Stüh, Landwirt.

Kanarieneidrolle mit prachtvollen Touren (Nichtschläger), scharfe Zuchtstähne à 8 bis 15 Mk. 5228
 M. Fütterer, Schneidermeister Gaggenau (Nurgtal).

Raffetauben wegen Umzug billig zu verk. Lamestr. 25, A.-Mühlburg.

Eingetroffen
 1 Waggon Boden-Rohraben
 Ztr. Mk. 3.90 Pfd. 5 Pfg.

1 Waggon Holländer Wirfing-, Weiß- und Rotkraut
 Ztr. Mk. 13.50 Pfd. 15 Pfg.

1 Waggon Silber-Sauerkraut
 Faß von ca. 2 Ztr.
 Ztr. Mk. 14.— Pfd. 15 Pfg.

mehrere Waggon Kartoffeln welche in kleinen Quantums in meinen Filialen erhältlich sind.

Bucherer

Jähringerstraße Nr. 42/44.
 Telephon 392.

Wäsche weiche ein in Henkel's Bleich-Soda.

Pfannkuch & Co

Für **Selbtpakete:**

Malaga (fix und fertig) Inhalt 2/10 Liter
60 Pfg.
Wermut (fix und fertig)
75 Pfg.



Schlösser und Blechner für dauernde Arbeit bei hohem Lohn gesucht. 5250
 Maschinenfabrik Weber, Ettlingen

Residenz-Theater Waldstraße
 Von Mittwoch 3. bis Freitag 5. März 1915

Die grösste aktuelle Sensation!

Der Zeppelin-Angriff auf England!

Fräulein Feldwebel Lustspiel in 2 Akten.
 In den Hauptrollen: Frau Anna Müller-Linke, Paul Heidemann.

Liebelei.

Vollesstück in 4 Abteilungen von Arthur Schnitzler.
 Hauptdarsteller: Baldemar Psilander.
 Stell' Dich ein in 1 Akt. 5245